

Die energet(h)ische Revolution – eine soziale Frage

WS 2: Chancen für die Region und die Kommune. Rolle der Stadtwerke, Rolle der Landwirtschaft, regionale Wertschöpfung, Teilhabe der Bürger_innen«

Erneuerbare Energien sind grundsätzlich dezentral verfügbar. Dies eröffnet neue Chancen für den Aufbau dezentraler Erzeugungs- und Verteilungsstrukturen und eine weitreichende Regionalisierung der Wertschöpfung. Eine solche Dezentralisierung muss jedoch gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt werden und wirft technische wie konzeptionelle Fragen auf. Ein Schlüsselaspekt ist dabei die Beteiligung der Bürger_innen sowohl an den Planungs- und Entscheidungsprozessen als auch am wirtschaftlichen Erfolg.

Durch die Rückkehr zu den Ausstiegsbeschlüssen der rot-grünen Bundesregierung von 2000 und die Festschreibung des Ausstiegs aus der Atomenergie bis Ende 2022 ist eine neue Dynamik in die Energiewirtschaft eingeleitet. Nach den Plänen der Bundesregierung ist mit den Ausstiegsplänen jedoch explizit keine Beschleunigung beim Ausbau Erneuerbarer Energien verbunden. An den Zielsetzungen bspw. bis 2050 80% des Strombedarfs über EE zu decken ist nichts verändert worden, obwohl ein schnellerer Ausbau möglich wäre. Die konzernfreundliche Interpretation des Eigentumsschutzes wird von der Bundesregierung über eine mutige und rasche Abkehr von der Atomkraft gestellt (vgl. Luhmann 2011, S. 9f).

Im Gegenteil: wichtige Elemente des Ausstiegsplanes sehen vor, dass ein struktureller Umbau der Energieversorgung zunächst nicht stattfindet: abgeschaltete Atomkraftkapazitäten sollen durch Großkraftwerke auf der Basis fossiler Energieträger ersetzt werden. Die gezielte Förderung von großen Offshore-Windparks und der Ausbau der Übertragungsnetze bedingen eine hohe Kapitalintensität und begünstigen oligopolistische Konzernstrukturen in der Energiewirtschaft.

Zudem ist von den Änderungen der Einspeisevergütung im Rahmen des EEG eine verzögernde Wirkung beim Ausbau der Photovoltaik und der Windenergienutzung on-shore zu erwarten. Durch die aktuelle Politik der Bundesregierung wird der grundlegende strukturelle Umbau der Energieversorgung hin zu dezentralen Besitz- und Versorgungsstrukturen und erneuerbaren Energieträgern somit deutlich gebremst.

"Auf der politischen Ebene entscheidet sich, ob der Energiewechsel, den die Gesellschaft vollzieht, beschleunigt wird."

Dr. Hermann Scheer, EUROSOLAR-Ehrenpräsident
in: Der Energethische Imperativ, 2010

In dem grundlegenden strukturellen Umbau der Energieversorgung hin zu dezentralen Strukturen und erneuerbaren Energien liegt hingegen ein bedeutender Kern der energet(h)ischen Revolution. Im globalen Maßstab hilft eine dezentrale Nutzung ubiquitär verfügbarer solarer Energien politische Konflikte zu vermeiden und Entwicklungshemmnisse abzubauen. Durch eine dezentrale, kommunal und bürgerschaftlich getragene Energiewirtschaft kann die Marktmacht global agierender multinationaler Monopolkonzerne zurückgedrängt und wirtschaftliche Wertschöpfung für dezentrale Gemeinschaften erschlossen werden.

Die Konfliktlinien der notwendigen „großen Transformation“ (WBGU 2011) verlaufen dabei entlang folgender systemischer Weichenstellungen:

- Energieträger: werden fossil-atomare Energieträger weiterhin gefördert und wird ihre Nutzungsdauer verlängert oder wird der schnellst mögliche Umstieg auf erneuerbare Energien zur überwältigenden Maxime und zum zentralen gesellschaftlichen Reformprojekt...
- Werden zentrale Erzeuger- und hierarchische Verteilkonzepte weiterhin gestärkt oder gelingt es, dezentrale, regional redundante Systemstrukturen aufzubauen
- gelingt es, die oligopolistischen Strukturen basierend auf Großkraftwerken und Großkonzernen zu transformieren und kommunale und regionale Erzeuger zu unterstützen, um wirtschaftliche und Marktmacht zu reduzieren und die Gefahr von Kartellen und Preisabsprachen zurückzudrängen. Nicht zuletzt hängt an der Dezentralisierung und Kommunalisierung der Energieerzeugungs- und Versorgungssysteme auch die Chance einer weitreichenden Regionalisierung von Wertschöpfung.
- nicht zuletzt wirft der Transformationsprozess auch die Frage nach Partizipation und Steuerung auf. Gelingt es, Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse zum notwendigen Umbau der Energieversorgung einzubeziehen und sie auch zu den Profiteuren der Energiewende zu machen oder werden Entscheidungsprozesse wie im Rahmen der Energiewendebeschlüsse der Bundesregierung auf zentraler politischer Ebene gefasst und nur „nach Unten“ vermittelt. Die Akzeptanz und der Grad der aktiven Unterstützung des großen Transformationsprozesses durch die Bevölkerung hängen entscheidend von der Schlüssigkeit der Konzeption und von der Transparenz und der Möglichkeit zur Beteiligung an den Entscheidungsprozessen ab.

Ob und inwieweit nun aus der notwendigen Transformation des Energiesektors eine energet(h)ische Revolution wird, die zu einer tiefgreifenden Veränderung von Besitzstrukturen, Wertschöpfungsprozessen und Beteiligungsmöglichkeiten führt, wird – neben den politischen Weichenstellungen auf zentraler Ebene - insbesondere auch auf lokaler Ebene entschieden.



Den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Energiewende zu. Sie entscheiden maßgeblich darüber, ob Netze zurückgekauft und dezentrale Energieversorgungssysteme aufgebaut werden; sie beeinflussen vielfältig die Erschließung Erneuerbarer Energien über ihre Planungshoheit oder über die Koordination von lokalen Initiativen; sie fördern die Hebung von Effizienzpotenzialen durch Energiemanagement und Energieberatung usw..

In der Summe beeinflussen die Kommunen mit ihren Energiewende und Klimaschutzstrategien auch Entscheidungen Dritter: je intensiver Lösungen für drängende konzeptionelle und technologische Probleme der Dezentralisierung der Energieversorgung nachgefragt werden, desto eher werden

gesellschaftliche Ressourcen auf die Wissensproduktion zu diesen Themen gerichtet (z. B. Speicherung, Steuerung, Ausfallverbünde, smart grids, Mobilität usw.).

Die Chancen, die in der Dezentralisierung der Energieversorgung für eine Regionalisierung der damit verbundenen Wertschöpfung und die Produktion von gesellschaftlichem Wohlstand liegen, sind seit geraumer Zeit Gegenstand der Diskussion. Mit seiner wegweisenden Untersuchung hat das IÖW in den Jahren 2009 und 2010 nun eine Methodik zur Berechnung entwickelt und monetäre Richtwerte errechnet (vgl. IÖW 2009, 2010).

Je nach Situierung der einzelnen Wertschöpfungsstufen können Kommunen bzw. Regionen von den Effekten profitieren. Am Beispiel einer onshore-Windkraftanlage kann gezeigt werden, dass - für den Fall, dass die Anlage nicht in der Kommune selbst produziert wird – durch Planung, Installation, Betrieb und Wartung durch ansässige Unternehmen mehr als 80% der Wertschöpfung in der Kommune verbleibt und als Steuern, Einkommen durch Beschäftigung oder als Gewinne für den lokalen Wirtschaftskreislauf zur Verfügung stehen (IÖW 08/2010). Hinzu kommen Arbeitsplätze, die in der Kommune / Region dauerhaft geschaffen werden.

Die Auseinandersetzung um einen möglichen Systemwechsel in der Energieversorgung – um die energet(h)ische Revolution – findet jedoch in einem schwierigen politisch-ökonomischen Umfeld statt, das durch wirtschaftlich wie politisch mächtige und einflussreiche Akteure gekennzeichnet ist, die um den Erhalt der überkommenen Strukturen kämpfen ihre eigene Markt- und

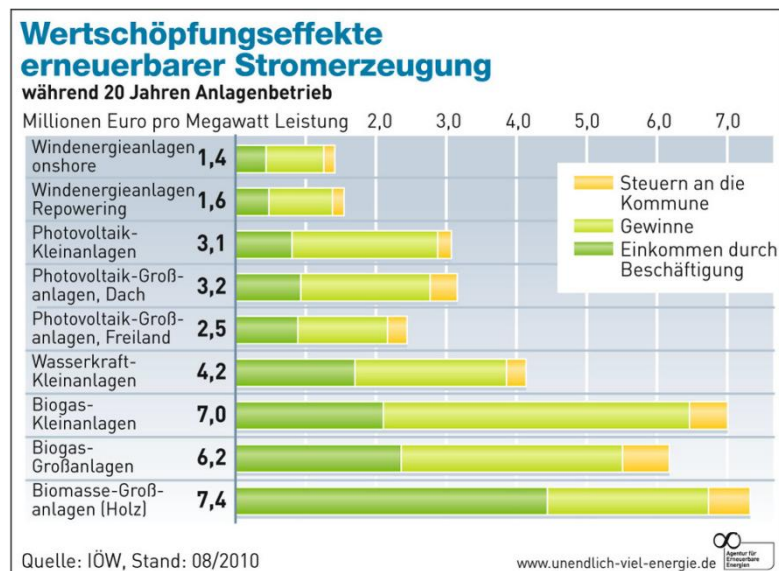
Machtposition verteidigen. Neben der Eindämmung deren Macht- und Einflussbereiches auf nationaler und europäischer Ebene gewinnt insbesondere die Stärkung der dezentralen Akteure an Bedeutung. Eine Politik für eine radikale energet(h)ische Revolution braucht den Rückhalt breiter Schichten der Bevölkerung. Dieser ist leicht zu gewinnen, wenn sie den Nutzen eines solchen Systemwechsels unmittelbar spüren und sie aktiv an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Dann kann es auch gelingen, die Akzeptanz für die sichtbaren und spürbaren Folgen der Umstellung auf Erneuerbare Energien zu steigern.

Für den Workshop ergeben sich daher folgende Leitfragen:

Wie kann die Rolle der Kommunen und ihrer Werke in der Energiewende gestärkt werden?

Wie können die Chancen für eine dauerhafte und effektive Regionalisierung der Wertschöpfungspotenziale wirksam genutzt werden?

Wie können Erneuerbare Energien in einer nachhaltigen Art und Weise erschlossen und die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden?



Strategien zur Förderung und Verankerung erneuerbarer Energie

Hartmut Wendt; Diskussionsbeitrag zur Summer – Factory am Sa., d. 17.Sept. 2011 in Kassel

Ausgangslage:

- Verschwinden von Beschäftigung durch Rationalisierung
- Ungleichverteilung der Einkommen
- vagabundierendes Kapital und Spekulation
- Klimaproblem und Atomausstieg
- Techniken Erneuerbarer Energien und deren relative Bedeutung und Kosten
- Verteilernetze für Elektrizität und Gas
- Elektromobilität

Strategien zum Ausbau

- Windenergie und Widerstände
 - a) on – shore
 - b) off – shore
- Bioenergie
- Photovoltaic
- Geothermie
- kommunale und regionale Planung zur Ausbreitung der Windenergienutzung
 - Finanzierung und lokale Wertschöpfung
 - a) finanzielle Bürgerbeteiligung
 - b) Energiespeicherung
 - c) Nutzung von EE für die Elektromobilität

Zusammenfassung

- Kapital des „kleinen Mannes“ und seine Nutzung mit vertretbaren Renditen ohne Spekulation in Projekten für erneuerbare Energien – Organisation
- Begleitende und unterstützende Steuerpolitik und Förderung durch gesteuerte Einspeisevergütungen
- Relative Bedeutung der drei Arten Erneuerbarer Energien
- Können außer Problemen der Energieversorgung noch weitere gesellschaftliche Probleme durch Einführung von EE gelöst werden?

Thesenpapier für AG 2 „Chancen für die Region und die Kommune(n) – Rolle der Stadtwerke, Rolle der Landwirtschaft, regionale Wertschöpfung, Teilhabe der Bürger“

Die durch Fukushima vergrößerte Akzeptanz in Deutschland für die Energiewende ruft allerorten hektische Betriebsamkeit hervor. Einerseits ist die Beschleunigung des Tempos zu begrüßen, andererseits ist aber zu bedenken, dass wir dadurch Gefahr laufen wieder oligopole Marktstrukturen zu schaffen. Dies gilt insbesondere beim „Hype“ um den Ausbau erneuerbarer Energien, bei dem die großen EVU's ihre marktmäßig starke Rolle ebenfalls gesichert wissen wollen.

So beobachten wir eine Fokussierung auf einen Teilbereich des notwendigen und in der Breite der Gesellschaft geführten „energie(h)tischen“ Diskurses, der vielmehr auch Energieeinsparungen und Steigerung der Energieeffizienz behandeln müsste.

Die sinnvolle Koppelung dieser drei Teilbereiche in einem fließenden Bewegungsablauf ist das Gebot der Stunde. Ansonsten laufen wir Gefahr „die Verschwendung fossiler Energieträger durch die Verschwendung erneuerbarer Energieträger zu ersetzen“ (unbekannt).

In Bayern wird daher das Bild des Energie-3-Sprungs verwendet:



Abb 1: Der Weg zur kommunalen Energieautarkie – schnell weit kommen: „Energie-3-Sprung“
(Quelle: Bayerisches Landesamt für Umwelt)

Vor dem Hintergrund einer längere Zeit Bestand habenden Preis- und Verteilgerechtigkeit muss es im Interesse der Kommunen sein, auf die sinnvolle Kombination aller Handlungsbereiche zu achten.

Zusätzlich ergeben sich aus der technischen, räumlichen und zeitlich gesteuerten Änderung der Energieerzeugung und –verteilung neue Chancen zur Verteilung von Erlösen entlang der Wertschöpfungskette, die in die Kalkulation langfristiger Preisentwicklungen einzubeziehen sind.

Die Notwendigkeit einer starken Rolle der Kommunen in der derzeitigen energiepolitischen Entwicklungsdiskussion ergibt sich auch aus den Zuständigkeiten der Daseinsvorsorge. Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse aus der Forschung zur Akzeptanz technischer Anlagen in der Bevölkerung, dass die Durchführung von Teilnahmeverfahren mitentscheidend sind. Auch hier können und sollten die Kommunen eine aktivere Rolle einnehmen.

Die aus meiner Einschätzung notwendige Stärkung der kommunalen Entscheidungsebene ist aber mit einigen Hemmnissen konfrontiert:

- Im staatlichen Planungswesen verstärkt sich derzeit der Trend zu top-down-Verfahren, wobei die Beteiligung dezentraler EVU's Gefahr läuft unterlassen zu werden.
- Die sich aus der Querschnittsaufgabe „Klimaschutz-Energiewende“ ergebende Zuständigkeit verschiedener Ressorts führt zu nicht abgestimmten kakophonischen Aussagen – dadurch wird die Bündelfunktion der Kommune zur Einbeziehung unterschiedlicher Akteure stark erschwert.
- Neben dieser „horizontalen“ Koordinierung zwischen den Ressorts auf Länderebene ergibt sich die Notwendigkeit zur „vertikalen“ Koordination zwischen Bund, Land und Region.
- Restriktionen bezüglich der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen erschweren insbesondere die Entwicklung neuartiger interkommunaler Trägermodelle bei gleichzeitiger Einbindung örtlichen Kapitals.

Hier ergibt sich die Notwendigkeit politischen Handelns auf Bundes- und Länderebene.

Die Steuerung der Veränderungsprozesse auf örtlicher Ebene erfordert die Klärung der unterschiedlichen Rollen der Beteiligten. Vor dem Hintergrund der vielfach beschworenen Allgemeinzuständigkeit der Kommunen wären „Orientierungshilfen“ wünschenswert.

Insbesondere bei der Verteilung der Funktionen und Aufgaben zwischen „Rat“ und „Gemeindewerken“ ist Klärungsbedarf zu beobachten, bei dem insbesondere die Mandatsträgerzusammenschlüsse aktiver werden sollten.

Spannend erscheint zudem die Frage, wie die erforderliche Qualifizierung der unterschiedlichen Akteure on the job bewerkstelligt werden kann und dabei der Wissenstransfer zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen bewerkstelligt werden soll.

Heiko Rüppel

Ausbau der EE in Nordhessen

Chancen und Hemmnisse für die Region

Ausgangssituation in Nordhessen:

- strukturschwacher Raum
- demographischer Wandel

aber auch gleichzeitig

- große Dichte an Unternehmen im Bereich Erneuerbare Energien
- Stadtwerke die in den Bereich des Ausbaus der EE investieren wollen
- Kommunen, die Ihre Chancen erkennen

Die Fragestellung ist nun:

- Wie können die Potenziale in der Region genutzt werden?
- Welche Strukturen müssen aufgebaut werden, um möglichst eine nachhaltige Wertschöpfung aus den EE in der Region zu generieren?
- Wie müssen die Bürger in den Prozess mit einbezogen werden?

Am Beispiel des gemeinsamen Vorgehens der kom:reg/Stadtwerke Union Nordhessen soll das Umsetzungskonzept in dem Workshop präsentiert und mit den Teilnehmern diskutiert werden.

